



vhw

## „Aus einer Ablehnungsbeteiligung muss eine Gestaltungsbeteiligung werden!“

Interview mit fünf Stadtoberhäuptern aus dem „Städtenetzwerk Lokale Demokratie“



Torsten Albig,  
Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Kiel

Gabriele  
Dönig-Poppensieker,  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Filderstadt

Dr. Ulrich Maly,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg

Dr. Wolfgang Schuster,  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt  
Stuttgart

Werner Spec,  
Oberbürgermeister  
der Stadt Ludwigsburg

*Frage 1: Ihre Städte bekennen sich zum Bündnispapier „Bürgerorientierung in der integrierten Stadtentwicklung“. Warum ist dieses Thema in Ihrer Stadt so wichtig?*

**Torsten Albig:** Wir brauchen dringend einen neuen Ansatz für kommunale Beteiligungsprozesse. Aus einer Ablehnungsbeteiligung muss eine Gestaltungsbeteiligung werden. Und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern kommunale Politik ganzheitlich und nicht nur häppchenweise vorstellen. Das ist der Grundgedanke einer integrierten Stadtentwicklungspolitik.

**Gabriele Dönig-Poppensieker:** In unserer Stadt hat die verstärkte Bürgerorientierung bereits Tradition. Seit zehn Jahren sind wir dabei, in einer neuen Verantwortungspartnerschaft mit dem Gemeinderat, der Verwaltung und allen Akteuren der Stadt die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern und weiterzuentwickeln. Bei anstehenden Entscheidungen sind immer wieder Eltern in den Kindergärten und Schulen, die Wirtschaft, Vereine, Jugendliche, Senioren, Migranten bis hin zu den Kirchen eingeladen, an der nahen und langfristigen Zukunft der Stadt mitzuarbeiten. Natürlich ist diese heutige Beteiligungskultur nicht über Nacht geschaffen worden. Unter der Berücksichtigung der lokalen Ausprägungen der Rahmenbedingungen in Filderstadt sind diese in einer Art übereinstimmendem „Lern“-Prozess entstanden – Rückschläge waren selbstverständlich immer wieder inbegriffen. Wir verstehen in Filderstadt heute Bürgerbeteiligung als willkommene Politikberatung, als eine Hilfe zur Entscheidung, ohne dabei die letzte Entscheidungskompetenz des Gemeinderats in Frage zu stellen.

**Dr. Ulrich Maly:** „Integrierte Stadtentwicklung“ kann sich nicht darauf beschränken, dass Fachleute ihre Ressortegoismen überwinden und wieder mehr gemeinsam Entwicklungsperspektiven erarbeiten. Wir betreiben Stadtentwicklung für die Menschen, die in den Stadtteilen leben – nicht für uns selbst. Für mich steht eine „Stadtpolitik im Dialog“ im Mittelpunkt. Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger auf die „Reise“ in die Zukunft unserer Städte mitnehmen. Aber es ist – abgesehen von Fachleuten – schwierig, die Menschen für abstrakte Stadtentwicklungsthemen zu begeistern.

**Dr. Wolfgang Schuster:** Stuttgart bieten sich große Urbanisierungschancen. Dies ist zugleich eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Die Zivilgesellschaft spielt in der Stadtentwicklung eine große Rolle, ob im Ehrenamt oder in Form einer Nachfrage nach ansprechend gestalteten Stadtquartieren und öffentlichen Räumen, nach maßgeschneiderter Infrastruktur, nach Wohnraum oder Baumöglichkeiten. Wichtig ist mir, dass die Bürgerschaft an der Entwicklung neuer Stadtteile vielfältig mitwirken kann, zum Beispiel durch Planungsverfahren, die auf Dialog angelegt sind, oder durch Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften.

**Werner Spec:** „Wenn die Welt komplexer wird, müssen mehrere Köpfe denken“ – Die Herausforderungen der Zukunft, wie Demografie, Klimawandel, Wirtschaftskrise und Ressourcenknappheit sind sehr groß und wir müssen uns alle diesen Fragen und Herausforderungen stellen und Lösungen über die Nachhaltige Stadtentwicklung finden. Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Verantwortung für generationengerechtes Handeln. Ludwigsburg hat sich im Jahr



2004 auf den Weg zu einem systematischen Politikansatz gemacht, bei dem die wesentlichen Handlungsfelder einer Stadtgesellschaft aufgelistet und gemeinsam mit Verwaltung, Gemeinderat, Fachleuten und Bürgern entwickelt werden. Das systematische Vorgehen von Stadtplanern wurde dabei auf die weiteren kommunalen Handlungsfelder wie Bildung, Integration, Arbeit und Wirtschaft, Energie, Kultur etc. ausgedehnt, zudem eine breite bürgerschaftliche Beteiligung gesichert. Der Beitrag stellt den bisherigen Weg Ludwigsburgs zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung vor, ebenso die Managementinstrumente, die dazu in den letzten Jahren entwickelt wurden.

*Frage 2: Der vhw arbeitet im Städtenetzwerk u.a. mit Milieuanalysen, d.h. mit einer differenzierten Betrachtung des Bürgers nach Lebenswelten und Lebensstilen. Erwarten Sie sich neue Erkenntnisse für stadtentwicklungspolitische Handlungsfelder?*

**Torsten Albig:** Ja auch. Aber vielmehr erwarte ich bessere Entscheidungsgrundlagen für Stadtentwicklungspolitiken. Vor allem das Zusammenwirken der verschiedenen Felder muss besser verstanden werden. Schulpolitik – Sozialpolitik – Wirtschaftspolitik: Wie bedingen sie sich? Wo müssen wir was tun?

**Gabriele Dönig-Poppensieker:** Genau dieser Ansatz ist für uns von besonderem Interesse. Diese Analysen passen in den derzeit in der Stadt laufenden Prozess des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Sie können die darin formulierten Leitziele, Maßnahmen, Projekte sowie die Bereitstellung der Ressourcen einschließlich eines Zeitplanes zur Umsetzung verfeinern und weitere Bürgerbeteiligungsverfahren vorbereiten. In der Vergangenheit hatten wir auch immer wieder das Problem, dass fast ausschließlich beteiligungsgeübte Bürger in Foren, an Runden Tischen, bei Umfragen oder bei Informationsveranstaltungen anzutreffen waren und hatten nie die Sicherheit, ein reales Bild der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung abfragen zu können. Das neue Format mit der Erfassung der Sozialmilieus und die sich daran orientierenden Beteiligungsmethoden könnten einen Quantensprung der Beteiligung in Filderstadt auslösen. Wir werden die Themenfelder Wohnen und wirtschaftliche Entwicklung in der Basisanalyse aufarbeiten und räumlich darstellen. Wir erhoffen uns im Anschluss an die Analysen Dialogverfahren, die vor allem dann auf Stadtteilebene konkrete Antworten auf Fragen geben, die sich uns im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans aufdrängen werden.

**Dr. Ulrich Maly:** Wir wissen, dass sowohl die Erwartungen der Menschen an „ihre Stadt“ als auch deren Bereitschaft, sich für die Zukunft ihrer Stadt zu engagieren, sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Das hängt maßgeblich von den verschiedenen Lebenswelten ab, in denen unsere Bürgerinnen und Bürger leben. Wenn wir sie für Stadtentwicklungsthemen begeistern wollen, müssen wir sie gezielt ansprechen können.

Dafür liefern Milieuanalysen möglicherweise wichtige Hinweise.

**Dr. Wolfgang Schuster:** Heute wird von der Stuttgarter Stadtentwicklungspolitik eine ausreichende Kenntnis urbaner Lebensstilgruppen, ihrer Mobilitätsformen und ihrer Haushaltsformen sowie ihres Investitions- und Konsumverhaltens geradezu vorausgesetzt. Mit der Handlungsstrategie „urban-Wohnen“ sondieren wir das Wohnungsmarktgeschehen und die regelmäßige Bürgerbefragung eröffnet uns Einblicke in Befindlichkeiten und Trends in Stuttgart. Die angesprochenen Milieusurveys und die Begleitforschung zu Migrantenmilieus, zum demografischen Wandel und zur sozialräumlichen Segregation bieten wichtige Informationen, was bürgerorientiert bei der integrierten Stadtentwicklung eingesetzt werden kann. Mit Blick auf große Entwicklungsaufgaben insbesondere zum Europa- und Rosenstein-Viertel und zum Neckar-Park ist dieser Ansatz für uns hilfreich.

**Werner Spec:** Ziel ist es, anhand dieser Auswertungen zu erkennen, welche Zielgruppen im Bereich Bürgerbeteiligung angesprochen werden können. Besonders diejenigen, die bisher bei Bürgerbeteiligungsprozessen eher unterrepräsentiert waren (Schüler, Junge Eltern, Migranten usw.).

*Frage 3: Das Städtenetzwerk basiert u.a. auf einem Austausch unter den Kommunen. Gleichzeitig sind die Probleme in den verschiedenen Teilnehmerstädten sehr unterschiedlich. Wie schätzen Sie den Erkenntniszuwachs durch Erfahrungsaustausch mit anderen Städten ein?*

**Torsten Albig:** Ich teile nicht die Einschätzung, dass alles so unterschiedlich sei. Im Kern sind die Unterschiede gering. Die wesentlichen Problemstellungen sind identisch. Was ist Ursache von sozialem Abstieg von Menschen in Städten, der Grundlage der Explosion von Sozialkosten ist? Immer wieder erkennen wir, es ist unser Versagen in der Bildungspolitik. Hier müssen wir besser voneinander lernen, wie wir nicht immer dieselben Fehler machen. Fehler, die so unendlich teuer werden. Für die Menschen und den Staat.

**Gabriele Dönig-Poppensieker:** Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein unverwechselbarer Organismus und pflegt auf ihre eigene Art und Weise ihren „Eigensinn“ – und das, meine ich, ist auch nicht anders denkbar und wünschenswert. Jede Stadt verhält sich zwar bei gleichen Rahmenbedingungen verschieden und dennoch macht es viel Sinn, sich in solchen Netzwerken über gemeinsame Fragestellungen und Lösungsansätze der Zukunft auszutauschen. Filderstadt ist in vielen Netzwerken aktiv und schätzt den gewonnenen Mehrwert hoch ein. Netzwerkarbeit funktioniert nach unseren Erfahrungen immer dann gut, wenn jedes Mitglied bereit ist, seine guten und auch schlechten Erfahrungen einzubringen und bereit ist, die anderen Mitglieder daran offen teilhaben zu lassen.



**Dr. Ulrich Maly:** Hinsichtlich des Austauschs zwischen Städten machen wir derzeit beim KoopStadt-Projekt mit unseren Partnern Bremen und Leipzig sehr gute Erfahrungen. Innerhalb von zwei Jahren ist es gelungen, mit Akteuren aus den verschiedensten Lebensbereichen bei gemeinsamen Workshops Stadtentwicklungsfragen zu erörtern. Auch bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen haben wir von den beiden Partnern schon viel gelernt – und sie von uns. Aber wichtig ist auch dabei, dass wir diesen Austausch aus der rein fachlichen Ebene in die Bevölkerung tragen können.

**Dr. Wolfgang Schuster:** Ein verstärktes interkommunales und internationales Engagement betrachte ich im Zeitalter der Globalisierung als zentrale Aufgabe. Dies bietet uns die Möglichkeit, unser Wissen zu vertiefen und neue Wege kennenzulernen. Wichtige Bausteine dafür sind Netzwerke wie „Cities for Children“ zur Kinderfreundlichkeit, „Cities for Mobility“ zu urbanen Verkehrsfragen oder „Cities for Local Integration Policy“ zur Integrationspolitik.

**Werner Spec:** Ludwigsburg ist in mehreren Städtenetzwerken eingebunden und konnte bereits großen Nutzen für die Arbeit ziehen. Neben allgemeinen Erkenntnissen hat besonders die Europaarbeit der Stadt sehr profitiert. Bei der integrierten Stadtentwicklung gehört Ludwigsburg zwischenzeitlich zu den Vorreiterstädten und stellt sich durch die Netzwerkarbeit auch immer wieder einer Plausibilitätsprüfung.

*Frage 4: Neben dem kommunalen Sektor wollen auch die Zivilgesellschaft (die Bürger) und die (Wohnungs-)Wirtschaft in einen Dialog – oder besser: „Trialog“ – um Prozesse der Stadtentwicklung in Ihrer Stadt einbezogen werden. Gibt es bei Ihnen schon Ansatzpunkte und Erfahrungen der Einbeziehung insbesondere des „Wirtschaftssektors“ in dieses Themenfeld?*

**Torsten Albig:** Nur in den Grundzügen. „Runde Tische“ zu allem Möglichen gibt es natürlich. Aber wirkungsvolle Instrumente, die auch zu operationalisierbaren Entscheidungen führen, gibt es wenig. Das hat auch was damit zu tun, dass die deutsche Zivilgesellschaft Beteiligung vor allem als Verhinderungsbeteiligung versteht. Ich bin gegen den Einkaufspark. Aber wie erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung organisiert wird, ist noch kein Thema der Zivilgesellschaft.

**Gabriele Dönig-Poppensieker:** In Filderstadt pflegen wir unter der Regie des städtischen Referates für Wirtschaftsförderung regelmäßig Kontakte und einen moderierten Erfahrungsaustausch mit der Wirtschaft. Wir führen diesen im Wirtschaftsforum mit den 20 größten Betrieben der Stadt und darüber hinaus für die zahlreichen kleineren Gewerbe- und Handelstreibenden im Wirtschaftsdialog. Wir beabsichtigen hierbei, die Kommunikation der ortsansässigen Unternehmen untereinander und mit der Stadt Filderstadt zu intensivieren. In diesen Netzwerken sind auch die Vertreter der Wohnungswirtschaft von Filderstadt vertreten. Ich kann mir gut vorstellen,

dass in einem Trialog im ständigen Stadtentwicklungsprozess eine Abstimmung erfolgen kann. Als Eckpunkte denkbar sind unsere Leitbilder zur Förderung alternativer Wohnformen, das Leitbild „Innen- vor Außenentwicklung“ oder auch unsere Vorstellungen zum Erhalt von historischer Bausubstanz, bei denen überall neue Projekte entstehen könnten.

**Dr. Ulrich Maly:** Der Nürnberger Westen ist nach dem Niedergang von drei wichtigen Betrieben mit tausenden von Arbeitsplätzen ein ideales Stadtentwicklungslabor. Die Schließung von Triumph-Adler, der AEG-Hausgeräteproduktion und zuletzt Quelle hat nicht nur den betroffenen Arbeitnehmern einen schweren Schlag versetzt. Diese Extremsituation hat allerdings auch zur Folge, dass nun alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung eng zusammenrücken. Im engen Schulterschluss mit den Eigentümern setzen wir Strukturförderung, Städtebauförderung und das Know-how von Experten ein – und sehen schon erste Erfolge der Revitalisierung auf dem früheren AEG-Areal.

**Dr. Wolfgang Schuster:** Die Stadt wie die Wohnungswirtschaft haben ein elementares Interesse an einem „Trialog“, da die Bedingungen, unter denen Stadtentwicklung erfolgt einem raschen Wandel unterworfen sind. In den vergangenen Jahrzehnten war die Stadtentwicklung überwiegend vom Wohnungsbau getragen. Nicht zuletzt sind neben den kommunalen Wohnungsunternehmen die zahlreichen Stuttgarter Baugenossenschaften als verlässlicher Partner des kommunalen Siedlungsbaus und des Wohnungsangebots in den Stadtbezirken verankert. Sie stehen bis heute für Bürgernähe. Unser Jahrestreffen der Stuttgarter Wohnungsunternehmen oder die Messe „Eigentum & Wohnen“ sind Foren für diesen „Trialog“.

**Werner Spec:** Die Partizipation an der nachhaltigen Stadtentwicklung wurde in Ludwigsburg von Anfang an sehr breit und vor allem repräsentativ angelegt. Wichtig war und ist es, dass nicht nur alle Bevölkerungs- und Altersschichten repräsentiert sind, sondern auch alle Verbände, Institutionen und Unternehmen aus dem sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich. Diese Vorgehensweise war ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die breite Akzeptanz der Ergebnisse im Gemeinderat. Die Fragen der Wohnungswirtschaft und der sozialen Struktur der Stadtquartiere und Stadtteile gehören zu den zentralen Herausforderungen und Chancen der nachhaltigen Stadtentwicklung. Denn ausreichende Erfolge in der Bildung und Integration sind häufig nur erzielbar, wenn auch die sozialen Strukturen im Wohnungsumfeld stimmen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Bürgerschaft und Wohnungswirtschaft gehört zu den wesentlichen Aufgabefeldern. Wenn hier die Kräfte gebündelt werden können, ist häufig der Durchbruch möglich, auf den man sonst jahrelang und ohne durchgreifenden Erfolg gewartet hat.